

Sechste (Schluß-) Sitzung

im Ständehaus zu Düsseldorf, Samstag, den 11. Dezember 1920.

(Beginn 12 Uhr 40 Minuten.)

1. Antrag der I. Fachkommission zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Wahl eines zweiten Landesmedizinalrats bei der Landesversicherungsanstalt „Rheinprovinz“.
2. Antrag der I. Fachkommission zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Uebernahme von 2 Landesräten aus den abgetretenen Gebieten.
3. Antrag der I. Fachkommission zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Entlohnung der Angestellten in den Provinzial-Anstalten.
4. Antrag der I. Fachkommission zu dem Antrag der Fachgruppe der geprüften Landes-Obersekretäre und der Büroinspektoren auf
 - a) Einstufung aller geprüften Landes-Obersekretäre als „Landes-Oberinspektoren“ in Gruppe IX mit der Aussicht auf Beförderung nach Gruppe X,
 - b) Einreihung der jetzigen Büroinspektoren und der zur Beförderung zu solchen in Aussicht genommenen geprüften Landes-Obersekretäre in Gruppe X mit der Amtsbezeichnung „Amtmann“ oder „Amts- bzw. Abteilungsvorsteher“,
 - c) restlose Uebertragung aller gehobenen Stellen auf die geprüften Landes-Obersekretäre, solange geeignete Beamte dieser Art vorhanden sind.
5. Antrag der I. Fachkommission zu dem Antrag des Beamtenausschusses der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Bedburg-Hau dahingehend, alle Provinzial-Anstalten, soweit sie nicht im Gebiet einer Stadt liegen, hinsichtlich der Ortsklasseneinteilung der zunächst liegenden größeren Stadt bzw. der in Frage kommenden Kreisstadt gleichzurechnen.
6. Antrag der I. Fachkommission zu der Denkschrift der Beamten und Angestellten der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz in Saarbrücken über ihre wirtschaftliche Not im Saargebiet.
7. Antrag der I. Fachkommission zu dem Antrag des früheren Straßenmeisters Koeber in Asbach auf Weitergewährung der bisherigen laufenden Unterstützung auf Lebenszeit.
8. Antrag der I. Fachkommission zu dem Antrag des Landesbausekretärs a. D. Strauch auf nochmalige Prüfung seiner Beschwerden.
9. Antrag der IIa-Fachkommission zu den Haushaltsplänen der Provinzial-Blindenanstalten zu Düren (Elisabeth-Stiftung) und Neuwied (Auguste Viktoria-Haus), sowie dem Unterstützungsfonds für Blinde für das Rechnungsjahr vom 1. April 1920 bis 31. März 1921.
10. Antrag der I. Fachkommission, betreffend staatliche Unterstützung von Rektoratschulen.
11. Neuwahl des Provinzialausschusses, des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des Provinzialausschusses
sowie
Wahl von 3 Provinzialkommissionen.
12. Entschliebung über den Ausbau der provinziellen Selbstverwaltung.

Vorsitzender Dr. Adenauer: Ich eröffne die Sitzung.

Das Protokoll der gestrigen Sitzung liegt auf dem Tische des Hauses offen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erteile ich Herrn Kemmann das Wort.

Abgeordneter Kemmann: Meine Damen und Herren! Durch Beschluß vom 9. d. M. hat der Provinziallandtag durch eine Aenderung des § 2 der Viehseuchenentschädigungssatzung die Entschädigung bei Maul- und Klauenseuche von $\frac{2}{3}$ auf $\frac{4}{5}$ des geschätzten Wertes erhöht. Bei der Formulierung des Beschlusses wurde übersehen, daß die Bestimmung über die Entschädigung für Notchlachtung von Kindern im § 13 der Satzungen enthalten ist. Der Beschluß muß deshalb noch ergänzt werden und es wird beantragt:

Provinziallandtag wolle beschließen, im § 13 Absatz 2 der Viehseuchenentschädigungssatzung die Worte „Zweidrittel“ in „Vierfünftel“ abzuändern.

Vorsitzender Dr. Adenauer: Es wird kein Widerspruch dagegen laut, und ich stelle die Annahme fest.

Wir kommen zu Nr. 1:

Antrag der I. Fachkommission zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Wahl eines zweiten Landesmedizinalrats bei der Landesversicherungsanstalt „Rheinprovinz“.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Lembke.

Abgeordneter Dr. Lembke: Die Geschäfte des Medizinalrats bei der Landesversicherungsanstalt haben einen solchen Umfang angenommen, daß schon seit dem Oktober vorigen Jahres ein zweiter ärztlicher Berater hinzugezogen werden mußte. Dieser fand sich in der Person des früheren Chefarztes eines Krankenhauses in Duisburg, Dr. Rönberg, dem zunächst auf Grund eines Privatdienstvertrages die Wahrnehmung der Geschäfte übertragen wurde. Es hat sich nun herausgestellt, daß die Stelle dieses zweiten ärztlichen Beraters dauernd erforderlich sein wird. Die I. Fachkommission schlägt deshalb in Uebereinstimmung mit der Vorlage des Provinzialausschusses Ihnen vor, den Herrn Dr. Rönberg als Landesmedizinalrat für diese zweite Stelle zu wählen.

Vorsitzender Dr. Adenauer: Es ist so beschlossen.

Wir kommen nun zu Nr. 2:

Antrag der I. Fachkommission zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Uebernahme von 2 Landesräten aus den abgetretenen Gebieten.

Berichterstatter ist auch hier Herr Dr. Lembke.

Abgeordneter Dr. Lembke: Hier handelt es sich ebenfalls um die Landesversicherungsanstalt. In den Haushaltsplan der Landesversicherungsanstalt für das laufende Jahr ist bereits die Stelle eines weiteren Landesrats eingestellt worden und nach den Beschlüssen des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt ist für das nächste Jahr die Einstellung einer weiteren Landesratsstelle vorgesehen. Beides sind Folgen eines außerordentlichen Anwachsens der Geschäfte. Für die bereits für das laufende Jahr notwendige Stelle hat sich eine geeignete Persönlichkeit in der Person des aus Posen ausgewiesenen Landesrats Dr. Schmidt gefunden. Er ist bereits hier bei uns tätig und es wird Ihnen vorge schlagen, den Herrn Dr. Schmidt in diese Stelle zu wählen.

Dagegen wird Ihnen bezüglich der zweiten Stelle, für die ebenfalls von dem Fürsorgeamt in Berlin, da es sich der Flüchtlinge annimmt, ein Bewerber, und zwar ein Herr aus Danzig, genannt worden war, aus rein grundsätzlichen Erwägungen, ebenso auch wie für die Zukunft, der Vorschlag gemacht, die Stelle zunächst auszuscheiden.

Abgeordneter Farwick: An den Antrag des Herrn Berichterstatters, dem im übrigen meine Fraktion zustimmt, möchte ich namens meiner Fraktion eine kurze Erklärung knüpfen.

Wir stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß solche Stellen auszuscheiden sind und daß erst das Ergebnis der Ausschreibung abgewartet wird, damit dann die Wahl durch den Provinziallandtag vollständig frei getätigt werden kann. (Sehr richtig!) Mit Rücksicht aber auf die vorliegenden Verhältnisse, namentlich bezüglich des Herrn Landesrats Schmidt, der, aus den besetzten östlichen Gebieten vertrieben, nach hier gekommen ist, und seit einigen Monaten hier bereits Dienst tut, sehen wir für diesen Fall von der Ausschreibung ab, halten aber die Forderung für die Zukunft unter allen Umständen aufrecht. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Adenauer: Ich stelle fest, daß dem Antrage entsprechend beschlossen ist.

Wir kommen zu Nr. 3:

Antrag der I. Fachkommission zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Entlohnung der Angestellten in den Provinzialanstalten.

Berichterstatter: Herr Abgeordneter Hoff.

Abgeordneter Hoff: Meine Damen und Herren! Sie haben die Drucksache Nr. 21 vorliegen, welche eine andere Regelung der Entlohnungsverhältnisse der Angestellten und Arbeiter der Provinzialverwaltung vorsieht. Die eingehenden Besprechungen in der Fachkommission I haben ergeben, daß die Angelegenheit zur Verhandlung im Plenum noch nicht geeignet erscheint. In der Kommission sind gewisse Richtlinien festgelegt worden, nach welchen der Provinzialausschuß mit der weiteren, möglichst beschleunigten Bearbeitung der Angelegenheit betraut werden soll.

Sie werden gebeten, der Rückverweisung an den Provinzialausschuß zuzustimmen.

Vorsitzender Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Abgeordneter Drlopp.

Abgeordneter Drlopp: Meine Damen und Herren! Ich kann begreifen, daß die Kommission nicht in der Lage war, die Sache endgültig abzuschließen, doch will ich nicht veräumen, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß äußerste Beschleunigung notwendig ist. Seit Monaten lebt das Personal ohne jede festgesetzte Regelung und es sind deshalb starke Schwierigkeiten in der nächsten Zeit zu befürchten, wenn nicht auf schnellstem Wege eine Einigung erzielt wird.

Das Personal der Irrenanstalt Grafenberg und das Personal von Bedburg-Hau ist bereits gestern und vorgestern zusammengekommen und hat einstimmige Resolutionen gefaßt, die sich auf das schärfste gegen das wenden, was Herr Landesrat Dr. Horion hier angeführt hat. Es hat ferner durch Resolution festgelegt, daß heute bereits eine 54stündige Arbeitszeit besteht und daß neben dieser 54stündigen Arbeitszeit freiwillig ein Arbeitsbereitschaftsdienst von wöchentlich 18 bis 24 Stunden ausgeführt wird. (Abgeordneter Franzen: Hört! Hört!) Wir können uns also der Hoffnung hingeben, daß bei der endgültigen Regelung der Arbeitszeit für das Personal dieser Anstalten neben der 8stündigen regulären Arbeitszeit ein Bereitschaftsdienst eingeführt werden kann.

Das Personal hat folgende Resolution gefaßt:

„Das gesamte Irren-Pflegepersonal der Anstalt Grafenberg erhebt schärfsten Protest gegen die Äußerung des Herrn Landeshauptmanns und des Herrn Landesrats Dr. Horion in der zweiten Plenarsitzung des Provinziallandtages. Es erblickt in den Anschuldigungen und Schmähungen gegen das Personal nur eine Waffe gegen den Achtstundentag. Das Personal fordert die Zurücknahme dieser Schmähungen und verlangt Genugtuung, indem die Zurücknahme in derselben Weise erfolgt, wie die Schmähungen ergangen sind“.

- b) Einreihung der jetzigen Büroinspektoren und der zur Beförderung zu solchen in Aussicht genommenen geprüften Landes-Obersekretäre in Gruppe X mit der Amtsbezeichnung „Amtmann“ oder „Amts- bezw. Abteilungsvorsteher“,
- c) restlose Uebertragung aller gehobenen Stellen auf die geprüften Landes-Obersekretäre, solange geeignete Beamte dieser Art vorhanden sind.

In Verfolg der in der Sitzung vom 7. Dezember gefaßten Beschlüsse des Hauses, dem Provinzialausschuß die Ausarbeitung einer neuen Besoldungsordnung für die Provinzialbeamten zu übertragen und hierbei berechnete Wünsche der Beamtenerschaft nach Möglichkeit zu berücksichtigen, schlägt Ihnen die Fachkommission I vor, den Antrag dem Provinzialausschuß als Material für diese Besoldungsreform zu überweisen.

Vorsitzender Dr. Adenauer: Das ist beschlossen.

Wir kommen zu Nr. 5:

Antrag der I. Fachkommission zu dem Antrag des Beamtenausschusses der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Bedburg-Hau dahingehend, alle Provinzialanstalten, soweit sie nicht im Gebiet einer Stadt liegen, hinsichtlich der Ortsklasseneinteilung der zunächstliegenden größeren Stadt bezw. der in Frage kommenden Kreisstadt gleichzurechnen.

Berichterstatter: Herr Abgeordneter Hoff.

Abgeordneter Hoff: Meine Damen und Herren! Die sich ergebenden Konsequenzen, die ich Ihnen wohl nicht näher vorzutragen brauche, haben die Fachkommission I veranlaßt, Ihnen zu empfehlen, diesen Antrag abzulehnen.

Vorsitzender Dr. Adenauer: Die Ablehnung ist beschlossen.

Zur folgenden Nr. 6:

Antrag der I. Fachkommission zu der Denkschrift der Beamten und Angestellten der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz in Saarbrücken über ihre wirtschaftliche Not im Saargebiet.

Herr Abgeordneter Hoff.

Abgeordneter Hoff: Die Beamten und Angestellten der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt Saarbrücken haben eine Denkschrift überreicht, in der sie ihre wirtschaftliche Notlage, hervorgerufen durch die besonderen Verhältnisse im Saargebiet, darlegen.

Die Fachkommission I empfiehlt Ihnen, Ihr Verständnis für die Notlage aller unserer dortigen Beamten und Angestellten dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß Sie einhellig folgendem Beschlusentwurf zustimmen:

„Der Provinziallandtag wolle den Herrn Landeshauptmann ermächtigen, den Beamten und Angestellten der Provinzialverwaltung im Saargebiet sämtliche Zulagen und Beihilfen in der gleichen Höhe und vom gleichen Zeitpunkt ab zu zahlen, wie dies bei den Beamten des Saargebiets geschieht, sobald es durch amtliches Material nachgewiesen wird.“

Vorsitzender Dr. Adenauer: Auch das ist beschlossen.

Nr. 7:

Antrag der I. Fachkommission zu dem Antrag des früheren Straßenmeisters Roeder in Asbach auf Weitergewährung der bisherigen laufenden Unterstützung auf Lebenszeit.

Herr Hoff.

Berichterstatter Abgeordneter Hoff: Der frühere Straßenmeister Roeber/Asbach hat einen Antrag auf Weitergewährung einer bisher gezahlten laufenden Unterstützung auf Lebenszeit gestellt.

Meine Damen und Herren! Es handelt sich hier um eine freiwillige Leistung, die ein früherer Provinziallandtag auf die Zeit von 5 Jahren beschlossen hat. Diese Frist ist jetzt abgelaufen. Nach eingehender Prüfung der Verhältnisse, die sich zur Erörterung hier nicht eignen, empfiehlt Ihnen die Fachkommission I, den Antrag abzulehnen.

Vorsitzender Dr. Adenauer: Das geschieht.

Nr. 8:

Antrag der I. Fachkommission zu dem Antrag des Landesbausekretärs a. D. Strauch auf nochmalige Prüfung seiner Beschwerden.

Herr Hoff.

Berichterstatter Abgeordneter Hoff: Der pensionierte Landesbausekretär Strauch hat eine Eingabe auf nochmalige Prüfung seiner jahrelangen Beschwerde gestellt. Der Provinziallandtag hat bereits am 12. März 1912 auf die Beschwerde des Landesbausekretärs Strauch beschlossen, zur Tagesordnung überzugehen, da seine Angaben eine andere Beurteilung des Sachverhaltes nicht rechtfertigen und die Angelegenheit bereits im Jahre vorher, also 1911, für endgültig erledigt erklärt worden war. Im Jahre 1916 hat der Landtag die gleiche Beschwerde als zur Verhandlung im Plenum ungeeignet zurückgewiesen. Sie werden gebeten, in diesem Jahre den gleichen Beschluß zu fassen.

Vorsitzender Dr. Adenauer: Das geschieht.

Wir kommen nun zu Nr. 9:

Antrag der IIa-Fachkommission zu den Haushaltsplänen der Provinzial-Blindenanstalten zu Düren (Elisabeth-Stiftung) und Neuwied (Auguste-Viktoria-Haus), sowie dem Unterstützungsfonds für Blinde für das Rechnungsjahr vom 1. April 1920 bis 31. März 1921.

Herr Dr. Fischer.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. Fischer: Meine Damen und Herren! Die Fachkommission IIa beantragt, die Haushaltspläne der Provinzial-Blindenanstalten zu Düren, Neuwied usw. unverändert anzunehmen, mit der Maßgabe, daß in die Besoldungsnachweisung der Blindenanstalt Neuwied die Stelle eines Musiklehrers noch eingesetzt wird. Der letztere Antrag hat die Fachkommission I beschäftigt und sie hat diesem Antrage ihre Zustimmung gegeben.

Kurz zur Begründung. Bei der Blindenanstalt Düren ist eine Beamtenstelle für einen Musiklehrer geschaffen worden. Bei der Blindenanstalt Neuwied ist eine derartige Stelle noch nicht. Die Stelle wird von einem Herrn Feiber im Angestelltenverhältnis wahrgenommen. Beide Herren sind selbst blind. Während der eine Beamter ist, ist der andere nur Angestellter. Das hat den Letzteren veranlaßt, an den Provinziallandtag den Antrag zu richten, ihn gleichfalls in ein Beamtenverhältnis zu nehmen.

Die Fachkommission IIa hat die Angelegenheit geprüft. Objektiv ist die Stelle eines Musiklehrers notwendig. Nach der persönlichen Seite hin erfüllt Herr Blindenlehrer Feiber genau die Anforderungen, die man an einen Musiklehrer stellen kann. Die Fachkommission IIa hat sich, wie gesagt, auf den Standpunkt gestellt, daß eine Beamtenstelle für einen Musiker geschaffen wird und richtet einstimmig an den Herrn Landeshauptmann die Bitte, mit dieser Stelle den Herrn Blindenlehrer Feiber zu beauftragen.

Vorsitzender Dr. Adenauer: Sie treten dem bei.

Nr. 10:

Antrag der I. Fachkommission, betreffend staatliche Unterstützung von Rektoratschulen.

Herr Simon.

Berichterstatter Abgeordneter Simon: Meine verehrten Damen und Herren! Die I. Fachkommission erlaubt sich, Ihnen einen Antrag bezüglich der staatlichen Unterstützung von Rektoratschulen vorzulegen. Es handelt sich um Rektoratschulen auf dem Lande oder auch sogenannte Mittelschulen, welche im Laufe der Jahre vor dem Kriege entstanden sind, um einem dringenden Bedürfnis des Landes abzuhelpen. Sehr viele Eltern auf dem Lande waren nicht in der Lage, ihre Kinder in die Stadt auf die Schule zu schicken. Aber auch andere Gründe sprechen noch dafür. Es ist klar, daß die Eltern nur schweren Herzens ihre Kinder in jungen Jahren aus der Hand geben. Durch diese Schule hatten sie es in der Hand, ihre Kinder bis zum 14. oder 15. Lebensjahre bei sich zu behalten. Leider ist durch die entstandene Teuerung der Bestand dieser Schulen sehr gefährdet. Die Gemeinden haben früher erhebliche Opfer gebracht, ohne wesentliche Unterstützung von anderer Seite und haben die Schulen durchgehalten. Jetzt stehen diese vor dem Zusammenbruch. Es ist deswegen notwendig, das alles getan wird, um ihnen zu helfen. Es ist natürlich Aufgabe des preußischen Staates, hier einzugreifen, damit diese Schulen bestehen können.

Es kommt hinzu, daß in den Städten das Schulgeld stark erhöht werden mußte und daß bedauerlicherweise für die Schüler von auswärts, für solche also, die nicht in der Stadt wohnen, vielfach doppelt soviel erhoben wird wie für die Schüler der Stadt selbst.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit doch an die Vertreter der Städte die Bitte richten, diesen Standpunkt einmal einer Revision zu unterziehen, um den Landbewohnern, die genötigt sind, ihre Kinder in die Stadt auf die Schule zu schicken, dies nicht unmöglich zu machen, indem das Schulgeld so ins ungemessene erhöht wird. (Bravo! im Zentrum.) Die Schulen sind doch für alle da und die Schulen der Stadt, wenigstens viele, werden aus Staatsmitteln unterstützt, so daß sie doch eigentlich gleichmäßig der Allgemeinheit zur Verfügung stehen müssen. Besonders kommt noch hier in der Rheinprovinz in Frage, daß es in der Nähe der Grenze besonders wichtig ist, daß diese Schulen erhalten bleiben und sogar noch weiter ausgebaut werden.

Die I. Fachkommission erlaubt sich daher, Ihnen den Vorschlag zu machen, den Antrag anzunehmen, wodurch die preußische Staatsregierung gebeten wird, diesen Schulen die nötige Unterstützung zu gewähren. (Beifall.)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Landé.

Frau Abgeordnete Landé: Meine verehrten Herren und Damen! Meine Fraktion erkennt das Bedürfnis nach höheren Bildungsanstalten in kleinen Orten und in ländlichen Gemeinden ohne weiteres an. Wir bedauern aber, feststellen zu müssen, daß bis zum heutigen Tage diese Rektoratschulen, genau wie alle anderen höheren Bildungsanstalten, nicht, wie der Herr Vorredner meinte, für das ganze Volk (Abgeordneter Böllig: Sehr richtig!), sondern nur für eine ganz kleine bedrängte Schicht vorhanden sind. Im Gegensatz dazu verlangt meine Fraktion den einheitlichen Aufbau des ganzen Schulwesens auf der Grundlage einer gemeinsamen Grundschule und das Aufrücken in die höheren Schulformen ausschließlich auf Grund der Befähigung der Schüler, nicht, wie bisher, auf Grund der Zahlungsfähigkeit der Eltern. (Sehr gut! bei der U. S. P.) Wir verlangen für die begabten Kinder des ganzen Volkes in den höheren Schulgattungen nicht nur freie Schule und freie Lehrmittel, sondern auch für diejenigen Kinder, deren Eltern die Kosten eines verlängerten

Schulbesuchs nicht allein tragen können, einen Zuschuß zum Lebensunterhalt. Dieses Prinzip der Einheitschule, wie man es kurz nennt, ist in der Verfassung bereits festgelegt. In der Wirklichkeit ist aber bisher noch nichts davon zu spüren. Wir geben uns aber der Erwartung hin, daß in nicht allzu ferner Zukunft dieses Prinzip der Einheitschule auch in die Tat umgesetzt werden wird. Nur in dieser Erwartung erklären wir uns bereit, dem Antrage auf Unterstützung zur Erhaltung der Rektoratschulen aus allgemeinen, öffentlichen Mitteln zuzustimmen. (Beifall links.)

Vorsitzender Dr. Adenauer: Ich stelle die Annahme des Antrages fest.

Wir kämen zu Punkt 11:

Neuwahl des Provinzialausschusses, des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des Provinzialausschusses sowie Wahl von 3 Provinzialkommissionen.

Vorsitzender Dr. Adenauer: Meine Damen und Herren! Der Punkt der Tagesordnung sieht zunächst die Neuwahl des Provinzialausschusses vor. Für die Wahl sind gesetzliche Bestimmungen und Bestimmungen, die wir beschlossen haben, maßgebend. Von den letzteren können wir absehen, falls wir darüber einig sind, was, wie ich auf Grund einer Besprechung im Ältestenausschuß annehmen darf, der Fall ist. Die gesetzlichen Bestimmungen verlangen, daß die ordentlichen Mitglieder und die Stellvertreter getrennt zu wählen sind, und daß die Wahlvorschläge mindestens 7 Unterschriften haben. Es sind zwei solcher Wahlvorschläge eingegangen, einer für die ordentlichen Mitglieder und einer für die Vertreter, die die erforderliche Anzahl Unterschriften haben. Ich bitte Herrn Becker, sie zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter Dr. Becker: Als Mitglieder sind vorgeschlagen: Dr. Adenauer, Bollig, Eberle, Farwick, Haas, Dr. Hagen, Fräulein Hartmann, Heising, Hirtjesier, Hueck, Dr. Köttgen, Dr. Luther, Sanders und Vanvolgem.

Als Stellvertreter sind benannt:

Loenark	für Dr. Adenauer,	Lenjing	für Heising,
Heuser	" Bollig,	Strunk	" Hirtjesier,
Koch	" Eberle,	Kemmann	" Hueck,
Bürsgens	" Farwick,	Caspers	" Dr. Köttgen,
Gerlach	" Haas,	Müser	" Dr. Luther,
Lenze	" Dr. Hagen,	Weber-Kray	" Sanders,
Elfes	" Fräulein Hartmann,	Brücker	" Vanvolgem.

Vorsitzender Dr. Adenauer: Ich stelle fest, daß Sie diesen Wahlvorschlägen zustimmen. Dann habe ich auf Grund eines Beschlusses des Ältestenausschusses Sie zu bitten, noch folgendem Beschlusse zu zustimmen:

„Die Versammlung ist damit einverstanden, daß der Abgeordnete Koch an allen Sitzungen des Provinzialausschusses teilnimmt“.

Ich stelle fest, daß auch hiergegen kein Widerspruch erfolgt.

Wir kämen nunmehr zu der Wahl des Vorsitzenden und dann zu der Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Provinzialausschusses.

Die Wahl kann durch Stimmzettel erfolgen, aber auch durch Zuzuf.

Abgeordneter Mönning: Ich beantrage Wahl durch Zuzuf.

Vorsitzender Dr. Adenauer: Darf ich um Vorschläge bitten?

Abgeordneter Mönning: Es wird vorgeschlagen, Herrn Oberbürgermeister Dr. Adenauer zu wählen.

Vorsitzender Dr. Adenauer: Als Vorsitzenden? (Abgeordneter Mönning stimmt zu.) Es erhebt sich kein Widerspruch. Ich stelle fest, daß die Wahl erfolgt ist.

Darf ich um Vorschläge für den stellvertretenden Vorsitzenden bitten?

Abgeordneter Mönning: Ich schlage vor, Herrn Geheimrat Hueß zu wählen, und zwar ebenfalls durch Zuruf.

Vorsitzender Dr. Adenauer: Auch hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Dann ist auch diese Wahl getätigt.

Wir kommen dann zu der Wahl der 3 Provinzialkommissionen, die auf Grund der Provinzialordnung neu geschaffen werden sollen. Es liegen auch hier gemeinsame Vorschläge vor. Ich bitte Herrn Becker, sie zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter Becker:

1. **Kommission für die Taubstummen-, Blinden- usw. Anstalten:** Bausch, Frau Becker, Eichhoff, Dr. Fischer, Frings, Frau Landé und Frau Niedeck.
2. **Kommission für die Heil- und Pflegeanstalten und die Arbeitsanstalt Brauweiler:** Brauer, Funk, Dr. Hartmann, Hold, Orlopp, Professor Schmitz und Dr. Schneider.
3. **Kommission für das Straßenwesen:** Altmeier, Gerhard, Gessinger, Dr. Jarres, Odenthal-Opladen, Ullenbaum, Sandmann.

Vorsitzender Dr. Adenauer: Auch hiergegen erhebt sich kein Widerspruch. Auch die Wahl dieser Kommissionen ist damit getätigt.

Ich darf wohl bitten, daß die Mitglieder des Provinzialausschusses und Herr Koch sich nach Schluß der Sitzung im Sitzungszimmer des Provinzialausschusses versammeln und die Mitglieder der 3 gewählten Kommissionen wie folgt:

Die Kommission aus dem Gebiete der Abteilung IIa in Zimmer 36, die aus IIb in Zimmer 38 und die aus III in Zimmer 7. Haben die Mitglieder genau verstanden? (Zuruf: Und die Stellvertreter?) Die Stellvertreter des Provinzialausschusses nicht.

Wir kommen nunmehr zum letzten Punkt der Tagesordnung, zu Nummer 12:

Entschließung über den Ausbau der provinziellen Selbstverwaltung.

Vorsitzender Dr. Adenauer: Ich habe Ihnen, meine Damen und Herren, zu diesem Punkt der Tagesordnung namens der Kommission folgenden von ihr einstimmig gefaßten Beschlus-entwurf zur Annahme zu empfehlen:

Der Provinziallandtag wolle folgenden Beschluß fassen:

„Durchdrungen von der tiefbegründeten Ueberzeugung, daß kein Zollbreit rheinischen Bodens dem Vaterlande entfremdet werden darf, und in der auf langer Erfahrung gegründeten Erkenntnis von dem Segen der auf der Stein-Hardenberg'schen Selbstverwaltung-Gesetzgebung beruhenden Selbstverwaltung beschließt der 59. Rheinische Provinziallandtag:

„Nachdem das in Artikel 72 Abs. 2 der Preussischen Verfassung vorgesehene Gesetz, betreffend die Erweiterung der Selbstverwaltungsangelegenheiten und Uebertragung von Auftragsangelegenheiten, nicht gleichzeitig mit der Verfassung verabschiedet worden ist, wird der schleunige Erlaß eines solchen Gesetzes für Preußen erwartet“.

Ich stelle fest, daß Sie diesem Vorschlage einstimmig beitreten. (Beifall.)

Ich habe nunmehr dem Herrn Ober-Präsidenten die Mitteilung zu machen, daß die Aufgaben des 59. Provinziallandtages ihre Erledigung gefunden haben.

Ober-Präsident von Grootte: Sehr geehrte Damen und Herren! In hingebungsvoller, angestrenzter Arbeit haben Sie die Geschäfte des 59. Provinziallandtages zu Ende geführt. Den vorgelegten Haushaltsplan haben Sie einer gründlichen Durchberatung unterzogen und zur einmütigen Annahme gebracht. Auch sonstige wichtige Beschlüsse sind gefaßt und wertvolle Anregungen gegeben worden, die für die Weiterführung der Provinzialverwaltung bestimmend sein werden.

Durch ein Gesetz, betreffend die Wahlen zum Provinziallandtag und zu den Kreistagen, das am 3. Dezember von der verfassunggebenden preussischen Landesversammlung verabschiedet worden ist, werden die bestehenden Provinziallandtage, somit also auch der Rheinische Provinziallandtag, mit dem Tage der Verkündung dieses Gesetzes aufgelöst. Ein neuer Provinziallandtag wird demnächst auf Grund allgemeiner, gleicher, geheimer und unmittelbarer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden müssen.

Die Tätigkeit des Provinziallandtages in seiner jetzigen Zusammensetzung hat daher nach nur einmaliger Tagung bereits ihr Ende gefunden. Umso mehr ist es mir gern geübte Pflicht, Ihnen, meine Damen und Herren, für das lebhafteste Interesse, die hingebende Pflichttreue, womit Sie sich Ihrer Aufgabe gewidmet haben, den Dank der Staatsregierung auszusprechen.

Ein Wort besonders herzlichen Dankes habe ich aber den mit dem heutigen Tage aus ihrem Amte scheidenden Mitgliedern des Provinzialausschusses zu sagen.

In schwerer Kriegszeit und noch mehr in den trüben Wirren und Nöten der Nachkriegszeit hat der Provinzialausschuß im Verein mit der Landesverwaltung die Geschäfte der Provinz unentwegt weitergeführt, und ich bin überzeugt, daß ihm in der ganzen Provinz die Anerkennung hierfür nicht verjagt wird. (Beifall.)

Ein reicher Anteil dieses Dankes gebührt den heute zurücktretenden Mitgliedern. Unter diesen muß ich ganz besonders dem langjährigen Vorsitzenden, Herrn Grafen von Weiffel, danken (Bravo!), der dem Ausschuß seit seinem Bestehen angehört hat, und zwar vom 8. Mai 1895 ab als stellvertretender Vorsitzender und vom 11. Februar 1901 ab als Vorsitzender. Er hat in seiner verantwortungsvollen Stelle, in der Arbeit für die geliebte Heimatprovinz seine Lebensaufgabe erblickt. Mit dem Bewußtsein treu erfüllter Pflicht und reich gesegneten Erfolges ist der aufrichtige Dank des ganzen Rheinlandes sein wohlverdienter Lohn. (Beifall.) Die preussische Staatsregierung schließt sich diesem Danke aufs wärmste an.

Indem ich der Hoffnung Ausdruck gebe, daß Ihre Beschlüsse der rheinischen Heimat und dem ganzen Vaterlande zum Segen gereichen und daß insbesondere die während der Tagung des Provinziallandtages gebotene Gelegenheit zur persönlichen Fühlungnahme und zur gemeinsamen Arbeit unter den Vertretern der verschiedenen politischen Parteien zu einem Ausgleich der Gegensätze und zu einer Verständigung in wichtigen Lebensfragen der Provinz und des Staates geführt haben möge, einer Verständigung, die uns heute mehr als je nützt, erkläre ich den 59. Rheinischen Provinziallandtag für geschlossen. (Beifall.)

Abgeordneter Hueck: Meine verehrten Damen und Herren! Der Ältestenrat dieses hohen Hauses hat mich beauftragt, im Namen sämtlicher Mitglieder dieses hohen Hauses dem Herrn Vorsitzenden sowie den beiden Herren Vertretern und den Schriftführern den herzlichsten und innigsten Dank für die umsichtige und tatkräftige Geschäftsführung auszusprechen. Ich entledge mich dieser mir sehr lieben Pflicht und hoffe, daß die Verhandlungen, die wir geführt haben, der Rheinprovinz zum Segen gereichen werden.

Vorsitzender Dr. Adenauer: Meine verehrten Damen und Herren! Namens meiner Kollegen im Vorsitz und namens der Herren Schriftführer nehme ich den Dank, den uns der ver-

ehrte Herr Abgeordnete Hueck eben ausgesprochen hat, gerne an. Ich darf ihn wohl auch unsererseits zu einem sehr guten Teil weitergeben an die Beamten der Provinzialverwaltung, die vom obersten angefangen bis unten hin durch die ausgezeichnete Vorbereitung es uns ermöglicht haben, in so verhältnismäßig kurzer Zeit mit einem ausgedehnten Programm fertig zu werden. (Bravo!)

Den Dank, meine verehrten Damen und Herren, den Herr Hueck uns gezollt hat, muß ich aber eigentlich Ihnen allen weitergeben, denn Sie haben uns die Geschäftsführung außerordentlich leicht und angenehm gemacht. Ich glaube, wir alle können, wenn wir auf die Tagung zurücksehen, nur erfreut darüber sein, daß ein Parlament, das, wie ich im Eingange der Verhandlungen sagte, noch keine Tradition in seiner heutigen Zusammensetzung hat, so reibungslos gearbeitet hat. Wenn hinter den Kulissen auch nicht immer alles so geklappt hat, so ist das ja natürlich; es wird sich aber schon bessern. (Zuruf links: Wenn Sie sich bessern!) Das tun wir alle.

Nun, meine verehrten Damen und Herren, glaube ich wohl in Ihrer aller Namen zu sprechen, wenn ich mich den Worten, die der Herr Ober-Präsident an die ausscheidenden Mitglieder des Provinzialausschusses und insbesondere an seinen bisherigen Vorsitzenden, Herrn Grafen Weiffel, wie ich wohl sagen darf, meinen verehrten Freund, gerichtet hat, aus vollem Herzen anschließe. (Bravo!) Meine verehrten Damen und Herren! In den Jahren, in denen ich die Ehre gehabt habe, unter dem Herrn Grafen Weiffel arbeiten zu können, habe ich immer wieder seinen Gerechtigkeits Sinn, sein goldenes Gemüt, die Hingabe an seine Arbeit und die Liebe zur rheinischen Heimat bewundert. Er mag versichert sein, daß die Zeit, während der er an der Spitze des Provinzialausschusses tätig gewesen ist, in der Geschichte der Rheinprovinz unvergessen sein wird, und daß diejenigen, die während dieser Zeit mit ihm in nähere Berührung gekommen sind, auch dem Menschen immer ein treues Gedenden bewahren werden. (Beifall.)

Ich darf in diesem Zusammenhange, meine verehrten Damen und Herren, wohl auch mit einem Worte des Dankes noch desjenigen Herrn gedenken, der vor mir lange Jahre den Vorsitz im Provinziallandtag geführt hat, des verehrten früheren Oberbürgermeisters der Stadt Bonn, des Herrn Spiritus. (Bravo!) Diejenigen von Ihnen, die ihn kennen gelernt haben, wissen, wie auch er sich immer den Pflichten seines Amtes gewidmet hat. Ich glaube, Sie alle werden mit mir darin übereinstimmen, daß in dieser Stunde auch ihm ein Wort des Dankes, nicht an letzter Stelle, gebührt.

Meine verehrten Damen und Herren! Mit diesem 59. Rheinischen Provinziallandtag hat eine neue Epoche in der Geschichte der Vertretung der Rheinprovinz eingesetzt. Ich glaube, daß diese neue Epoche der Rheinprovinz zum vollen Segen reichen wird. Nicht etwa, meine verehrten Damen und Herren, als wenn ich damit auch nur mit einem Gedanken die Arbeiten kritisieren wollte, die in der Zeit vorher geleistet worden sind. Im Gegenteil, diese Arbeiten sprechen für sich selbst. Jeder von Ihnen, der den Haushaltsplan der Rheinprovinz mit Aufmerksamkeit durchgelesen hat, hat dort die Zeugen für die hervorragende Tätigkeit, die auch bis zu diesem Zeitpunkte auf allen Gebieten geleistet worden ist, gefunden. Aber, meine verehrten Damen und Herren, alles zu seiner Zeit. So erfordert unsere Zeit — das ist der Beginn der neuen Epoche in der Geschichte der Rheinischen Provinziallandtage und der Rheinischen Provinzialverwaltung — eine stärkere Teilnahme der Einwohner der Provinz an ihrer Vertretung und Verwaltung. (Zustimmung.) Ich glaube — ich sagte es eben schon —, daß diese stärkere Teilnahme der Provinz in vollstem Maße zum Segen reichen wird. Es werden dadurch, meine Damen und Herren, wertvolle neue Kräfte in den Dienst des Gemeinwohls eingeschaltet. Meine Damen und Herren, die mit dieser größeren

Teilnahme weiterer Bevölkerungskreise und damit mit einem größeren Interesse der Öffentlichkeit verbundene stärkere öffentliche Kritik wirkt — ich erfahre das ja tagtäglich, da ich selbst Leiter eines großen Gemeinwesens bin, an mir selbst — erfrischend auf die gesamte Verwaltung. Diese starke Teilnahme der Öffentlichkeit weckt auch das Gefühl der Verantwortung bei den Einwohnern der Provinz und sie macht die Bevölkerung politisch reifer und sie vereinigt sie wieder stärker mit ihrer rheinischen Heimat.

Die Entwicklung der Selbstverwaltung, meine Damen und Herren, ist ja noch nicht abgeschlossen. Der letzte Beschluß, den wir in dieser Tagung gefaßt haben, hat darauf hingewiesen. Bei den Vorberatungen dieses Beschlusses, meine Damen und Herren, ist für mich, und, ich glaube, für jeden, der daran teilnehmen konnte, von besonderer Bedeutung gewesen, daß bei aller Verschiedenheit der Meinungen doch ein Gefühl immer wieder durchdrang, das Gefühl der Liebe zum deutschen Vaterlande und zu unserer rheinischen Heimat (Bravo!) Dieses Gefühl der Liebe zum deutschen Vaterlande und zur rheinischen Heimat, meine Damen und Herren, schließt auch um uns alle, die wir hier im Saale versammelt sind, mögen wir einem Stande, einer Partei, einem Berufe, einer Konfession angehören, welcher wir wollen, ein starkes und unzerreißbares Band. (Beifall.)

Diesem Gefühl, meine verehrten Damen und Herren, bitte ich jetzt mit mir Ausdruck zu geben, indem Sie mit mir einstimmen in den Ruf: Das deutsche Volk und die rheinische Heimat, sie sollen leben hoch! hoch! hoch! (Das Haus stimmt in die Hochrufe begeistert ein.)

(Schluß 1 Uhr 20 Minuten.)

